

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/16

Bonn, den 23. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Zielscheibe Bundesrepublik 45

Die SED und die Entspannung in Europa

2 - 4 Wer bestimmt das Deutschlandbild in Frankreich? 135

Bonn auf der "oberen" - Pankow auf der "unteren" Ebene

Von Günter Markscheffel

5 Vertrag unterzeichnungstauglich 39

Lateinamerikas kernwaffenfreie Zone

Von unseren ED-1-Korrespondenten in Madrid

+ + +

## Zielscheibe Bundesrepublik

---

### Die SED und die Entspannung in Europa

ler - Aus Ostberlin, dem Sitz der SED-Regierung, kommen schrille Töne. Böartige und feindselig gemeinte Verdrehungen sind das Leitmotiv einer gegen die Bundesrepublik gerichteten Propaganda. Was soll z.B. eine in vielen Variationen wiederkehrende Behauptung wie diese?:

- \* "Der Expansionsdrang des deutschen Imperialismus nach W e -
- \* s t e n und nach Osten übertrifft alles bisher Dagewesene.
- \* Der aggressive Revanchismus wird bis zum Äußersten verschärft."

Der Zweck ist offensichtlich. Die Bundesrepublik soll diskriminiert und isoliert werden, ein auf lange Sicht zwar vergebliches Bemühen, aber hier und dort mag es seine Wirkung noch tun. Bei unseren Freunden und Verbündeten kommt diese Verfälschung für jedermann erkennbarer Tatbestände freilich nicht an. Der große alte Mann Israels, Ben Gurion, hat dieser Tage gesagt, die Kehrzahl des israelischen Volkes wisse, die überwiegende Mehrheit des heutigen deutschen Volkes sei keine Nazis, es habe sich hier eine Wandlung vollzogen. Gewiß, vor dem düsteren Hintergrund der Geschichte ein großes Wort, gesprochen von einem Mann, dem Respekt gebührt. Welch ein gewaltiger Unterschied zwischen diesem Satz und den schrillen Mißtönen im kommunistisch beherrschten Teil unseres Vaterlandes!

Das SED-Regime lebt von Argwohn und künstlich aufgepeitschtem Mißtrauen, es lebt von der Verteufelung des freien Teils Deutschlands und glaubt damit seine Existenz in den Augen der Ostvölker rechtfertigen zu können. Ulbricht hätte in Bonn lieber eine kleine als die von Kiesinger und Brandt geführte Große Koalition. Eine schwache Bundesregierung hätte die Stimme des freien Deutschland nicht wirkungsvoll zu Gehör bringen können, sie wäre zu Bewegungslosigkeit sowohl nach innen als auch nach außen verurteilt gewesen.

Die jetzige Bundesregierung aber, hervorgegangen aus ungewöhnlichen Umständen, bringt sich kraftvoll zu Gehör und wirft auf außenpolitischem Gebiet ihr ganzes Gewicht auf eine Politik der Entspannung und Friedenssicherung in Europa. Sie hat neue Ansätze in der Ostpolitik geschaffen und wird an deren Ausbau beharrlich weiterarbeiten. Diese Entspannungspolitik richtet sich gegen niemand. Sie dient dem wohlverstandenen Interesse aller. Der Bevölkerung Mitteldeutschlands wird dies vorenthalten; sie bekommt von der SED-Propaganda ein Bild von der neuen Bundesregierung offeriert, das mit der Wirklichkeit unvereinbar ist und dessen Verfälschungen auch in Ostblockstaaten zum Teil erkannt werden. Behält die SED ihre Haltung gegenüber der Bundesrepublik bei, kann sie eines Tages in den Verdacht eines Saboteurs der Entspannungspolitik auch bei ihren kommunistischen Verbündeten geraten. Auch unsere östlichen Nachbarn wollen den Frieden. Sie wollen nicht mehr die Wiederbelebung des Kalten Krieges, der sie viele Jahre daran hinderte, ihre Kräfte auf die Steigerung der eigenen nationalen Wohlfahrt zu konzentrieren.

Wer bestimmt das Deutschlandbild in Frankreich ?

Bonn auf der "oberen" - Pankow auf der "unteren" Ebene

Von Günter Markscheffel

In diesen Tagen wird viel über die Absicht der neuen Bundesregierung gesprochen und geschrieben, sie wolle die Darstellung des Deutschlandbildes in den kommunistisch regierten Staaten in Zukunft nicht mehr allein den Machthabern in Pankow überlassen. Dabei wirft sich die Frage auf, ob wir es in den mit der Bundesrepublik befreundeten Staaten immer verstanden haben, das Deutschlandbild richtig darzustellen. Besonders in Frankreich und Belgien scheint in dieser Beziehung früher manches vernachlässigt worden zu sein, was jetzt so schnell wie möglich nachgeholt werden sollte.

Soweit es sich um das offizielle Frankreich handelt, dürfte das Deutschlandbild kaum einer Revision bedürfen. Auch die Arbeit des Goetheinstituts, die Tätigkeit des deutsch-französischen Jugendwerks und nicht zuletzt zahlreiche private Initiativen haben dazu geführt, daß manche Voreingenommenheit gegenüber uns Deutschen in Frankreich abgebaut werden konnte. Nur muß man hierbei wissen, daß sich dies alles in erster Linie auf die Oberschichten in Frankreich bezieht, weniger jedoch auf jene meinungsbildenden Kreise, die nicht im Bannkreis der offiziellen deutsch-französischen Politik stehen und auch nicht immer Gelegenheit haben, die offiziellen kulturellen oder politischen Veranstaltungen wahrzunehmen.

\* \* \*

Es gibt nämlich - besonders in Frankreich - neben der hier nur kurz dargestellten Tätigkeit offizieller Stellen im Rahmen der deutsch-französischen Kontaktpflege eine nicht unerhebliche Aktivität von Pankow, deren erklärtes Ziel es ist, die Bundesrepublik als "revanchistisch und militaristisch" darzustellen. Kenner des französischen Provinzlebens behaupten, daß diese Art der Darstellung des Deutschlandbildes in bestimmten Kreisen effektiver ist, als alles was von offiziellen bundesrepublikanischen Stellen bisher in die Wege geleitet wurde.

Da ist zunächst die von der Kommunistischen Partei Frankreichs beherrschte deutsch-französische Kulturarbeit des Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT). Auf dieser Ebene schleust Pankow Propagandamaterial zu Gunsten der DDR in die Betriebe und in die von den Französischen Kommunisten kontrollierten Kulturorganisationen.

Gut aufgemachte in französischer Sprache verfaßte Broschüren, Merkblätter und Traktate werden überall dort hingebracht, wo die Kommunistische Partei Anlaß zu der Vermutung hat, daß man sich dafür interessiert. Die Adressen für die Empfänger solcher Broschüren wurden in gewissenhafter Kleinarbeit von kommunistischen Betriebsfunktionären zusammengestellt, wobei man jenen Personenkreis er-

faßte, der früher einmal in irgendeiner Beziehung zu Deutschland stand; sei es als ehemaliger Kriegsgefangener, Zwangsarbeiter oder Soldat in der französischen Besatzungszone.

In diesen Schriften wird dargestellt, wie friedliebend die sowjetische Besatzungszone ist, welchen wirtschaftlichen Aufschwung der "Deutsche Staat der Arbeiter und Bauern" genommen hat und wie radikal man angeblich im Machtbereich Ulbrichts mit den Resten des Faschismus aufgeräumt hat. Selbstverständlich wird die Bundesrepublik als ein Hort ehemals führender Nationalsozialisten geschildert, als eine amerikanische Besatzungszone, in der die Großindustriellen das Gesetz des Handels bestimmen, frühere Rittler-Generäle die stärkste Wehrmacht des Kontinents aufgebaut haben und wo die Arbeiter und Bauern rechtlos und versklavt sind. Als "Beweis" für die Zustände in der Bundesrepublik wird das Verbot der KPD angeführt, werden Namen wie Krupp und Thyssen genannt und wird erläutert, daß die Bundeswehr amerikanische Atomwaffen zur Verfügung hat, mit denen sie jederzeit die "sozialistischen Staaten" überfallen könne. Nebenbei wird gezeigt, wie kunstbetriffend die SED ist, wie sehr man Goethe, Schiller, Beethoven und Bach, Thomas und Heinrich Mann, sowie Wissenschaftler mit berühmten Namen, wie Einstein verehrt und welche Anstrengungen Pankow ständig unternimmt, um zu verhindern, daß das "revanchistische Bonn" ganz Europa mit einem schrecklichen Krieg überfällt.

Außerdem werden Einladungen an Betriebsgruppen und Abgeordnete ausgesprochen und es werden - selbstverständlich zu sehr niedrigen Preisen - Ferienaufenthalte für Kinder in der DDR organisiert.

\* \* \*

Auf innenpolitischer Ebene wird von den gleichen Stellen, die sich auf die hier geschilderte Weise in Frankreich bemerkbar machen, sehr geschickt mit dem Hinweis gearbeitet, auch General de Gaulle würde ein Deutschland vorziehen, wie es sich im Machtbereich von Pankow darstellt. Als Beweis für diese Behauptung führt man an, auch der französische Staatspräsident sei für die Anerkennung der Oder-Weißer-Grenze und verweigere der Bundesrepublik das Mitspracherecht und den Mitbesitz an atomaren Waffen. Um die Deutschen besser kontrollieren zu können habe de Gaulle dafür gesorgt, daß trotz des Austritts Frankreichs aus der NATO die französischen Truppen in der Bundesrepublik blieben. Auf diese Weise werden kritische Empfänger des Propagandamaterials aus Pankow innerpolitisch neutralisiert und von der Tatsache abgelenkt, daß de Gaulle die DDR nicht als Staat anerkennt.

Aber auch mit deutschsprachigen Material arbeitet Pankow in der französischen Provinz. In zahlreichen Oberschulen Frankreichs, in denen deutscher Sprachunterricht erteilt wird, kursiert Lesestoff, der nicht aus der Bundesrepublik sondern aus der DDR kommt. Offizielle Schritte dagegen können kaum unternommen werden, weil dieses Lesematerial von Lehrern in Umlauf gebracht wird, die eifrig

darauf bedacht sind, ihre eigene politische Einstellung bei der Gestaltung des Unterrichts vor Eingriffen durch den Staat abzuschirmen.

Alle diese Aktivitäten Pankows können sich nur deshalb entfalten, weil das zum Teil mit erheblichen Mitteln von offiziellen westdeutschen Stellen zur Verfügung gestellte Lesematerial in seinem Charakter nur recht unzulänglich der Vorstellungswelt eines Durchschnittsfranzosen entgegenkommt.

Natürlich hat man sich schon früher beim Auswärtigen Amt in Bonn und bei der deutschen Botschaft in Paris gefragt, was man gegen eine solche Entwicklung unternehmen könne. Ansätze zur Überwindung dieses bedauerlichen Zustandes wurden in Pankow sofort registriert und mit doppelter Aktivität beantwortet.

\* \* \*

Merkwürdigerweise läßt man jedoch eines der wirksamsten Instrumente gegen die Aktivität Pankows verkümmern: Die seit Jahren in Paris erscheinende Halb-Monatszeitschrift PARISER KURIER. - Diese Zeitung ist nach dem Kriege entstanden, als ca. 60 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene in Frankreich blieben, zum Teil dort eine Familie gründeten und sich inzwischen in ihrer neuen Heimat eingelebt haben. Der PARISER KURIER war lange Zeit für unsere in Frankreich lebenden Landsleute die einzige Bindung zur Heimat. Diese Zeitung schilderte das Leben in der Bundesrepublik, erläuterte sehr objektiv sowohl die deutsche als auch die französische Politik und bot ihren Lesern eine gute Einsicht in das Werden der neuen deutschen Demokratie.

Mit kleinerem Redaktionsstab unter Führung des Vertreters des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankreich, Albert P r e u ß, entwickelte sich diese Zeitung zu einem wahren Spiegel deutsch-französischer Wirklichkeit. Deutsche Arbeiter in Frankreich lesen sie, geben sie an deutsch-sprechende Kollegen in den Betrieben weiter und helfen auf diese Weise mit, das w e h r e Deutschlandbild in Frankreich zu verbreiten. Darüber hinaus wurde die Zeitung zum Kristallisationspunkt vielfältiger deutsch-französischer Beziehungen, allerdings nicht auf der Ebene akademisch gebildeter Kreise, sondern hauptsächlich in den Arbeiterschichten der französischen Bevölkerung.

Der PARISER KURIER hat jetzt mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es besteht die Gefahr, daß eine jahrelange Arbeit in Dienst der deutsch-französischen Verständigung ausläuft. Die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Weiterführung der Zeitung ist schon vor Jahresfrist problematisch geworden, weil einige Stellen im Auswärtigen Amt damals offensichtlich nicht erkannten, wie wertvoll der PARISER KURIER für die Breitenarbeit der deutsch-französischen Beziehungen ist.

Sollte diese Zeitung eingehen, dann wird man zwar weiterhin in Frankreich in vornehmlich kulturell interessierten Kreisen mit der Unterstützung Bonns rechnen können; man kann jedoch gewiß sein, daß in den Betrieben und in zahlreichen Oberschulen die Kackhaber von Pankow mit Hilfe der französischen Kommunisten dann ein Feld vorfinden werden, auf dem ihnen kaum noch jemand aus der Bundesrepublik begegnet.

## Vertrag unterzeichnungsreif

### Lateinamerikas kernwaffenfreie Zone

Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

Auch ohne die Beteiligung Kubas soll Lateinamerika im kommenden Februar unter Garantie der Atomkräfte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich sowie der Vereinten Nationen zur atomwaffenfreien Zone erklärt werden. Damit setzen Vertreter von zwanzig Nationen der westlichen Hemisphäre einen Schlußpunkt unter einen Plan, der bis zu seiner Verwirklichung nahezu vier Jahre benötigte.

Am 1. Mai 1963 hatten die damaligen Präsidenten von Mexiko, Brasilien, Bolivien, Chile und Ekuador die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika vorgeschlagen. Sie gingen dabei auf Vorbilder aus dem Ostblock zurück wie der Rapacki-Plan von 1957 und den späteren Chivu-Stoica-Plan für eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan.

Die bisher in Mexiko auf Botschafterebene geführten Verhandlungen hatten auch in Europa großes Interesse erweckt: Vertreter der Niederlande und Jugoslawiens hatten bei den bisherigen Verhandlungen als offizielle Beobachter teilgenommen.

Der Botschafter-Lenkungsausschuß in Mexiko, dem die Abgesandten Mexikos, Brasiliens, Ekuadors, El Salvadors und Haitis angehören, haben für den 30. Januar die letzte Runde der Verhandlungen einberufen und die Teilnehmerstaaten aufgefordert, unterschreibensvollmächtigte Vertreter zu delegieren.

Innerhalb der UNO wurde jetzt ein für alle Lateinamerikaner annehmbarer Vorschlag ausgearbeitet, der auch ohne die Ratifizierung des bereits fertiggestellten Vertragswerkes ein sofortiges Inkrafttreten ermöglicht, um die vorgesehenen Kontrollorgane umgehend bilden zu können. Damit soll vor allem auf Kuba ein gewisser Druck ausgeübt werden, um die Zuckerinsel zum Beitritt zu veranlassen. Bisher hatte Kuba eine Beteiligung an einer solchen Zone von der Einbeziehung der US-Einflußgebiete in Lateinamerika abhängig gemacht (Puerto Rico, Panamakanal-Zone, Stützpunkt Guantánamo auf Kuba). Obwohl die USA diese Forderungen zu erfüllen bereit sind, will Kuba jetzt um eine Beteiligung mit dem Argument herumkommen, die Einberufer hätten es versäumt, eine kubanische Delegation einzuladen und ihr eine "nicht diskriminierende Behandlung" zuteil werden zu lassen. Da Kuba grundsätzlich eine Teilnahme an dieser Zone nicht ausgeschlossen hat, sind die übrigen lateinamerikanischen Länder in der Lage, unter Hinweis auf die entsprechenden Garantien der Sowjetunion auch Kuba gegenüber einen diplomatischen Trumpf auszuspielen und das Castro-Regime zu einem Beitritt zu veranlassen.